

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Matthias Lammert (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie

Anzahl der Flüchtlinge mit abgeschlossener Ausbildung in Rheinland-Pfalz

Die **Kleine Anfrage 3824** vom 12. Oktober 2015 hat folgenden Wortlaut:

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Asylsuchende verfügen in den rheinland-pfälzischen Erstaufnahmeeinrichtungen über eine abgeschlossene Ausbildung in einem medizinischen Heilberuf?
2. Wie viele Asylsuchende verfügen in den rheinland-pfälzischen Erstaufnahmeeinrichtungen über eine abgeschlossene akademische Ausbildung?
3. Wie viele Asylsuchende verfügen in den rheinland-pfälzischen Erstaufnahmeeinrichtungen über eine abgeschlossene Berufsausbildung?
4. Wie viele Asylsuchende verfügen in den rheinland-pfälzischen Erstaufnahmeeinrichtungen nicht über eine abgeschlossene Berufsausbildung?

Das **Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 3. November 2015 wie folgt beantwortet:

Zu 1. bis 4.:

In der Regel befinden sich die Asylsuchenden ca. vier bis sechs Wochen in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes, bevor sie auf die Kommunen verteilt werden. In den wenigen Wochen des Verbleibs in einer Erstaufnahmeeinrichtung ist eine vollständige Befragung zur Berufsbiografie nicht möglich, weder in Rheinland-Pfalz noch in anderen Bundesländern. Daher liegen der Landesregierung keine Daten über Flüchtlinge mit abgeschlossener Ausbildung in den rheinland-pfälzischen Erstaufnahmeeinrichtungen vor. Erste Auskünfte der Flüchtlinge über ihre Berufsbiografie sind freiwillig.

Um der fehlenden Kenntnis über den Ausbildungsstand der Asylsuchenden entgegenzutreten, wird in den Erstaufnahmeeinrichtungen in Trier und Ingelheim seit 15. Juni 2015 beziehungsweise seit 15. August 2015 das Projekt „Kompetenzen erfassen, Chancen nutzen“ durchgeführt. Dabei handelt es sich um ein gemeinsames Projekt des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie, des Ministeriums für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen und der Bundesagentur für Arbeit. Im Rahmen des Projekts erhalten Asylsuchende zunächst in einer Veranstaltung Informationen über den deutschen Arbeitsmarkt. Im Anschluss erhalten die Asylsuchenden die Möglichkeit, in Einzelgesprächen ihre persönlichen Angaben zu ihrer Bildungs- und Erwerbsbiografie erfassen zu lassen. Die freiwillig erhobenen Daten werden an die Bundesagentur für Arbeit weitergeben. Im nächsten Schritt bietet die Bundesagentur für Arbeit Beratungsgespräche an, um passgenaue Wege und Fördermöglichkeiten aufzuzeigen. Im Fokus des Projekts stehen Personen aus Staaten mit guter Bleibeperspektive, die im Heimatland bereits schulische und berufliche Kompetenzen erworben haben.

Im Projektzeitraum vom 15. Juni bis 23. Oktober 2015 haben 574 Asylsuchende an der Kompetenzerfassung in Trier teilgenommen. Von diesen Personen haben 21 angegeben, einen medizinischen Heilberuf (Ärzte: zwölf Personen) oder eine Berufsausbildung im medizinischen Bereich (neun Personen) gelernt zu haben. 143 Personen haben angegeben, über eine abgeschlossene akademische Ausbildung zu verfügen. Weiterhin haben 50 Personen mitgeteilt, eine Berufsausbildung abgeschlossen zu haben. 381 Personen verfügten nach eigenen Angaben über keine akademische oder berufliche Ausbildung.

b. w.

Im Projektzeitraum 15. August bis 23. Oktober 2015 haben in Ingelheim 308 Asylsuchende an der Kompetenzerfassung teilgenommen. Von diesen Personen haben fünf angegeben, einen medizinischen Heilberuf gelernt zu haben, 110 Personen haben angegeben, über eine abgeschlossene akademische Ausbildung zu verfügen.

Weiterhin haben 29 Personen mitgeteilt, eine Berufsausbildung abgeschlossen zu haben. 169 Teilnehmer verfügten nach eigenen Angaben über keine akademische oder berufliche Ausbildung.

Da im Rahmen des Projekts „Kompetenzen erfassen, Chancen nutzen“ nicht alle Asylbegehrenden mit guter Bleibeperspektive mit ihren beruflichen und schulischen Qualifikationen erfasst werden können, bevor sie auf die Kommunen verteilt werden, hat das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie den Beschäftigungspiloten initiiert, der gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit und in Zusammenarbeit mit den Kommunen ab Januar 2016 flächendeckend in Rheinland-Pfalz installiert werden soll. Die Beschäftigungspiloten sollen insbesondere Menschen ansprechen, die noch keinen ausreichenden Zugang zu den Angeboten der Bundesagentur für Arbeit haben.

Sabine Bätzing-Lichtenthäler
Staatsministerin